Anbei der Änderungsantrag

Am 16. und 17. Januar fand in Frankfurt die wissenschaftliche Konferenz „Talking about (the

Silencing of) Palestine” statt. Zwei Tage lang diskutierten international erkannte

Wissenschaftler:innen über die Lage der Menschen in Palästina und die israelische

Besatzungs-, Apartheids- und Kriegspolitik, über Geschichte und Völkerrecht, Genozid- und

Holocaustforschung, Rassismus und Antisemitismus, Wissenschaft und Politik. Darüber

hinaus wurde darüber wie gesprochen, wie beides in Deutschland wissenschaftlich diskutiert

wird – oder eben auch nicht, d.h. wie Hochschulen und Wissenschaftler:innen sich in

Schweigen hüllen und/oder andere systematisch zum Schweigen bringen. Ironischerweise traf

dieses „Silencing“ nun auch die Konferenz, die ebendies anprangerte, selbst. Die Räume an

der Goethe-Universität, die die Organisatoren (zu großen Teilen Studierende der Goethe-Uni)

angefragt hatten, wurden ihnen verweigert  durch das Verlangen von nicht bezahlbaren mieten verunmöglicht. Wieder einmal wurde damit versucht der kritischen

wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Lage in Palästina und Israel einen Riegel

vorzuschieben.

Die öffentlichen Äußerung des Präsidiums, die Veranstalter hätten den Raumantrag

zurückgezogen, ist irreführend. Richtig ist, dass das Präsidium die Konferenz durch die

Einstufung als „externe Veranstaltung“ – im Gegensatz zu vergleichbaren wissenschaftlichen

Konferenzen – aktiv blockiert hat. Durch diesen bürokratischen Mechanismus konnten

einerseits von den Veranstaltern hohe Ausrichtungskosten verlangt, andererseits die

Umsetzung als zu kurzfristig ausgeschlossen werden. Es ist anzunehmen, dass hinter dieser bürokratischen Fassade politische Motive stecken. Der Antisemitismusbeauftragte des Landes

Hessen, Uwe Becker, hatte die Konferenz bereits im Vorlauf als „Wanderzirkus bekannter

Israelhasser“ diffamiert.

Die Verweigerung von Räumlichkeiten (Die Erhebung hoher Mieten für beantragte Räumlichkeiten von als „extern“ eingestufter Gruppen schränkt die Möglichkeit kritischer Diskurse maßgeblich ein) für die Konferenz ist ein neues Kapitel in der

Unterwerfung des Präsidiums unter die deutsche Staatsräson und die Kollaboration mit den

Angriffen der Regierung auf die Wissenschaftsfreiheit, wie sie die „Antisemitismus“-

Resolutionen des Bundestags verkörpert (siehe Beschluss vom 17.12.2024). Eine mögliche politische Einflussnahme der Universität oder auf die Universität verurteilt das Studierendenparlament. Wir schließen uns der Kritik von wissenschaftlichen Mitarbeitenden der Goethe-Universität an. Wir erinnern das Präsidium der Goethe-Universität an ihre Selbstverpflichtung zur Zivilklausel, „dass Lehre, Forschung und Studium zivilen und friedlichen Zwecken dienen“ sollen. Das beinhaltet aus

unserer Sicht die Förderung des internationalen wissenschaftlichen Austauschs zur Lage in

Palästina und Israel – eine Notwendigkeit, der sich die Universität seit über einem Jahr

großteils verschließt und dessen Realisierung von Studierenden, wissenschaftlich

Mitarbeitenden und Professor:innen sie nun aktiv verhindert. Wir erinnern das Präsidium

weiterhin an ihr Selbstverständnis als Bürgeruniversität. Wer eine wissenschaftliche Konferenz

zur Lage in Palästina und Israel (und andere) als „externe Veranstaltung“ den regelmäßigen Kongressen der zahlkräftigen Finanzindustrie gleichstellt, versteht nichts vom Sinn der Wissenschaft.

Wissenschaft ist kein elfenbeintürmiger Selbstzweck, sondern kann und muss im Dienste des

menschlichen Fortschritts, von internationaler Verständigung und Friedensbildung stehen.

Kaum ein Thema ist dringender als die Schaffung einer nachhaltigen Friedensordnung und

gleicher demokratischer Rechte für alle in Palästina und Israel. Die Goethe-Universität muss

sich schnellstmöglich zur Aufgabe machen, den derzeit unterbrochenen Krieg und Völkermord

in Gaza endlich klar zu verurteilen. (Die Universität muss es sich zur Aufgabe machen politische, auch kritische, Diskurse den Raum zu bieten) Zur nachhaltigen friedlichen Lösung des Konfliktes ist es notwendig ihn wissenschaftlich mit einer klaren Friedensperspektive zu erforschen. Hierfür

muss die Universität in der Forschung und Lehre Weichen setzen, sowie den Wiederaufbau in

Gaza mit den der Universität verfügbaren Mitteln unterstützen.